

8. Verteilungsgerechtigkeit, Steuerpolitik und sozialer Ausgleich

Vermögen ist in Österreich so stark in den Händen weniger konzentriert wie fast nirgendwo anders auf der Welt: während die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung beinahe die Hälfte des Gesamtvermögens besitzen, verfügt die Hälfte der Bevölkerung Österreichs nur über 4 Prozent des Gesamtvermögens. Die Mehrheit der Menschen in Österreich besitzt also nichts oder sehr wenig, wohingegen einige wenige (zehn)Tausende über ein gewaltiges Ausmaß an Reichtum und Ressourcen verfügen. Und: Konzerngewinne landen zu 40 % in sog. „Steueroasen“, 2015 wurden 570 Milliarden Euro an Gewinnen unbesteuert dorthin verlagert. Im Falle Österreichs sind das 3,6 Milliarden Euro. Der Fokus muss daher darin liegen, diese Ungerechtigkeit zu verändern.

Erbte Ungerechtigkeit reduzieren

Es handelt sich dabei um eine finanzielle Ungerechtigkeit, in die Menschen in den allermeisten Fällen hineingeboren werden. Es ist so gut wie unmöglich, sich nur durch Erwerbsarbeit so großen Reichtum anzuhäufen. Ein Großteil der Superreichen erwarben ihr Vermögen leistungsfrei: indem sie erben, andere für sich arbeiten lassen, über Kapitalspekulationen Gewinne erzielen oder über angehäuften Immobilien passive Einkommen beziehen. Somit geht die Schere zwischen Vermögen und Einkommen immer weiter auf.

Diese Schere führt zu Leiden, Wohlstands-Enttäuschung und demokratiepolitisch gefährlichem Ausschluss der Armutsbetroffenen. Es muss Priorität der Regierung sein, alle Bevölkerungsschichten im Blick zu haben und diese ererbte Ungerechtigkeit zu reduzieren.

Gefahren des Überreichtums

Überreichtum ist nicht nur mit Blick auf Verteilungsgerechtigkeit höchst fraglich, sondern stellt auch demokratiepolitisch mehrfache Gefahren dar. Es geht um die politische Durchsetzungskraft, die Überreichtum schafft, um die Bedingungen zu den eigenen Gunsten zu verschieben. Zum Beispiel über den Besitz von Medien, Wahlkampfspenden und Gesetzesbeeinflussung. Auch die Klimakrise ist eng mit Überreichtum verknüpft: Vermögende Menschen sind meist politisch einflussreich und setzen durch ihr Mobilitätsverhalten im Übermaß CO₂ frei.

Es sollten daher dringend deutliche Maßnahmen gesetzt werden, um den Zusammenhalt der Gesellschaft sowie eine enkeltaugliche Zukunft aller innerhalb der planetarischen Grenzen zu sichern.

Vermögensungleichheit ist kein Naturgesetz, sie kann im Sinne solidarischer Gesetzgebung verändert werden. Der internationale Währungsfonds sowie die EU fordern bereits seit geraumer Zeit von Österreich, die Einführung einer Vermögenssteuer zu prüfen. Eine Um- bzw. Rückverteilung von Gütern und Ressourcen von der reichsten Minderheit zur besitzarmen Mehrheit der Bevölkerung ist demokratie- und klimapolitisch nachhaltig und leistet einen zentralen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Steuergerechtigkeit

Eine demokratische Regierung weiß sich dem Gemeinwohl verpflichtet und strebt über solidarischen Interessensausgleich danach, allen Bewohner*innen des Landes die Chance auf ein gutes und würdevolles Leben innerhalb der planetarischen Grenzen zu ermöglichen. Zur Armutsbekämpfung sind der Ausbau und die Erhöhung sozialer Sicherungsleistungen und subsidiärer Hilfestellungen von besonderer Bedeutung. Eine Finanzierung dieser Maßnahmen wäre durch die Einführung von Vermögenssteuern gewährleistet. Einige Superreiche haben dies bereits erkannt und fordern, sie über Steuern strukturell zu mehr Gerechtigkeit zu verpflichten. Privatvermögen ist sozialpflichtig, denn Steuergerechtigkeit sorgt auch für soziale Gerechtigkeit und ermöglicht ein würdevolles Leben für alle.

Die Armutskonferenz setzt sich daher für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Chancengleichheit, und Minderung von sozialer, wirtschaftlicher und politischer Armut ein und fordert eine solidarische, gemeinwohlorientierte Besteuerung von Vermögen.



ZIELE **Verteilungsgerechtigkeit, Steuerpolitik & sozialer Ausgleich** **MASSNAHMEN**

Umverteilung von Vermögen zur Realisierung eines gerechten, transparenten Sozialstaates	Reichtum messen und öffentlich sichtbar machen
	Ein erster Schritt ist die Erfassung der realen Vermögen, um angemessene Vermögenssteuern einheben zu können
	Weiters sollte – analog zur Armut(sgefährdungs) Schwelle – über Reichtumsschwellen diskutiert werden
	Bei Immobilien und Grund: Erfassung nach Marktwert statt Einheitswert
	Einführung einer gemeinwohlorientierten Versteuerung großer Vermögen
	Einführung einer Erbschaftssteuer (ab einem auszuhandelnden Betrag)
Demokratie-, gesellschafts- und klimapolitische Vorteile einer Vermögenssteuer sichtbar machen	Es ist zu beachten, Steuertatbestände und Begünstigungen auf Geschlechtergerechtigkeit hin zu prüfen, um Frauen(Alters)Armut zu verringern
	Besteuerung von internationalen Konzernen und internationale Zusammenarbeit, um Steuerflucht zu reduzieren
	Es ist Aufgabe der Regierung, systematische Gründe für das Entstehen und Verfestigen von (Über-) Reichtum transparent zu diskutieren
Abgaben zum Wohl der Allgemeinheit wieder erhöhen	KÖSt und KEST-Reform ist umzusetzen
	Staffelung für die Bemessung der ASVG-Beiträge für Spitzengehälter einführen
Reduzierung von Steuervermeidung und -privilegien	Gemeinnützigkeitszwang für Privatstiftungen
Lohngerechtigkeit erreichen	Ein erster Schritt ist die Offenlegung von Löhnen und Gehältern
	Es ist notwendig, durch gesetzliche Regelungen den Gender-pay-gap zu reduzieren

